



Geschäftsbericht 2023

Sparda-Bank Hannover eG

Sparda-Bank

freundlich & fair

Inhalt

Geschäftsbericht 2023

- 2** Bericht des Vorstandes
- 3** Willkommen bei der Sparda-Bank Hannover!
- 4** Ein Partner für die Zukunft
- 5** Wir sind für Sie da!
- 6** Organe
- 7** Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023
- 22** Bericht des Aufsichtsrates
- 23** Jahresabschluss 2023
- 39** Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 46** Dankeschön
- 46** Impressum
- 47** Unsere Standorte

Bericht des Vorstandes

Guter Jahresüberschuss ermöglicht Sonderdividende

Die Rahmenbedingungen waren auch im von Krisen, Kriegen und Unsicherheiten geprägten Jahr 2023 herausfordernd. Dennoch haben wir das Geschäftsjahr mit einem mehr als zufriedenstellenden Jahresüberschuss von 7,1 Millionen Euro abgeschlossen. Die Bilanzsumme blieb mit 5,1 Milliarden Euro nahezu unverändert. Damit sind wir weiterhin eine der größten Genossenschaftsbanken in Norddeutschland.

Je unruhiger die Zeiten, desto höher ist das Bedürfnis nach Verlässlichkeit. Deshalb vertrauen rund 236.000 Kundinnen und Kunden unserem von Solidität und Kontinuität geprägten genossenschaftlichen Geschäftsmodell.

Die Kundeneinlagen konnten über die Erwartungen hinaus auf 4,4 Milliarden Euro gesteigert werden. Der Zuwachs ist auf die gute Annahme der Anlageprodukte mit festen Laufzeiten durch unsere Kundinnen und Kunden zurückzuführen. Die Entwicklung der Kundenkredite entsprach mit einem leichten Rückgang auf 3,0 Milliarden Euro den Erwartungen. Bei anhaltend starkem Wettbewerb führte die konjunkturelle Entwicklung

zu einer allgemeinen Zurückhaltung bei der Durchführung von Bauvorhaben und Immobilienkäufen. Aufgrund unserer fairen Konditionen und der kompetenten Beratung hat uns die Zeitschrift FOCUS MONEY wie schon in den Vorjahren als einen der fairsten Baufinanzierer ausgezeichnet.

Der Provisionsüberschuss stieg um 3,6 Millionen Euro auf 19,3 Millionen Euro. Die Steigerung resultiert im Wesentlichen aus den im Vorjahr wiedereingesetzten oder erhöhten Preisen für Kontoführung inklusive Zahlungsverkehr. Der Jahresüberschuss ermöglicht bei einer Dividende von 3,5 Prozent und einer Sonderdividende von 1,0 Prozent eine angemessene Dotierung der offenen Rücklagen. Die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kennzahlen erfüllen wir umfangreich. Die Gesamtkapitalquote liegt per 31. Dezember 2023 bei 19,25 Prozent.



7,1 Millionen Euro
beträgt unser Jahres-
überschuss Ende 2023.

**230 Vollzeitbeschäftigte und
179 Teilzeitbeschäftigte**

das heißt 409 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren 2023 durchschnittlich bei der Sparda-Bank Hannover beschäftigt. Darüber hinaus waren durchschnittlich elf Auszubildende in unserer Bank tätig.



**236.000 Privatkundinnen
und Privatkunden**

werden durch unsere Beraterinnen und Berater im Jahr 2023 betreut.



19,3 Millionen Euro
beträgt unser Provisionsüberschuss Ende 2023.
Im Vergleich: Ende 2022 waren es 15,7 Mio. Euro.

Willkommen bei der Sparda-Bank Hannover!



Der Vorstand 2023 von links nach rechts: Jochen Ramakers (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), André-Christian Rump (Vorstandsvorsitzender), Niclas Bychowski

Freundlich und fair.

**Liebe Leserinnen und Leser,
sehr geehrte Kundinnen, Kunden und Mitglieder,**

es sind unruhige Zeiten. Inflation, Kriege und politische Debatten etwa über das Thema Heizen haben im vergangenen Jahr für Verunsicherung gesorgt.

Unter weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen haben wir Sicherheit vermittelt sowie Stabilität bewiesen und das Geschäftsjahr 2023 sehr erfolgreich abgeschlossen.

Ein Grund dafür ist, dass wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Von unseren Kundinnen und Kunden wissen wir, wie wichtig gerade jetzt der persönliche Austausch und das menschliche Miteinander sind.

Nach einer langen Niedrigzinsphase haben wir ein Comeback der Zinsen erlebt. In vielen Beratungsgesprächen konnten wir individuelle Anlage- und Finanzierungslösungen für unsere Kundinnen und Kunden finden.

Seit über 120 Jahren leben wir den genossenschaftlichen Gedanken der Fürsorge und Solidarität. Auch in Zukunft können sich die Menschen in der Region darauf verlassen, dass wir Verantwortung übernehmen.

Herzliche Grüße

Ihr Vorstand der Sparda-Bank Hannover eG

Ein Partner für die Zukunft



Wir als Arbeitgeber

Darauf sind wir stolz: Neben externen Bewerbern haben bereits zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Sparda-Bank Hannover auf kununu, dem größten Portal für Arbeitgeberbewertungen, beurteilt. Aufgrund der überdurchschnittlich positiven Bewertungen wurden wir als „kununu Top Company 2023“ ausgezeichnet. Gelobt wurden unter anderem das respektvolle Miteinander, die flexiblen Arbeitszeitmodelle und die Ausbildung. Neben einer attraktiven Vergütung profitieren unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sonderzahlungen – und nicht zuletzt von einer wertschätzenden Unternehmenskultur.

Weichen für Nachhaltigkeit gestellt

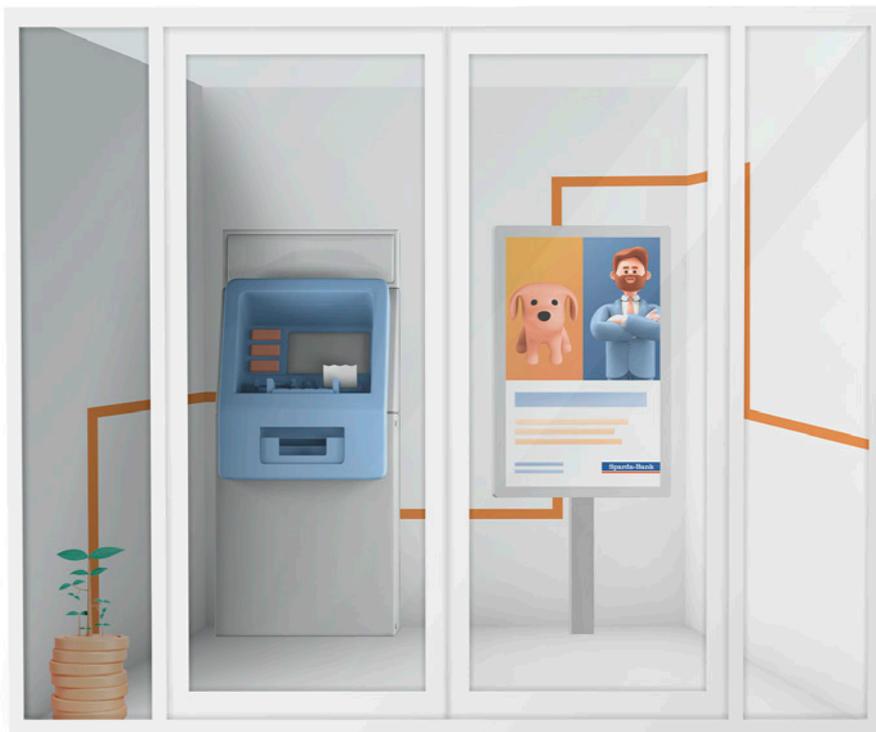
Das Thema Nachhaltigkeit haben wir 2023 fest in unserer Unternehmenskultur verankert. Im Eigengeschäft investieren wir in Erneuerbare Energien aus nachhaltigen Quellen und für unsere Standorte nutzen wir seit 2023 zu 100 Prozent Ökostrom. Bei Werbeartikeln und Druckerzeugnissen achten wir auf Recyclbarkeit und Umweltzertifizierungen. Die STIFTUNG Sparda-Bank Hannover fördert den Artenschutz und die Biodiversität mit dem Anlegen von Blühwiesen und Waldaufforstungsprojekten.



Wir sind für Sie da!

Moderne Kundenkommunikation

Wir sprechen die Sprache unserer Kundinnen und Kunden. Deshalb nehmen die digitalen Medien in unserer Kundenkommunikation eine immer wichtigere Rolle ein. Neben den klassischen Kommunikationskanälen sprechen wir unsere Kundinnen und Kunden über Facebook und Instagram an. 2023 haben wir unsere Präsenz in den sozialen Medien weiter ausgebaut: Seit Sommer sind wir auch auf LinkedIn vertreten und wenden uns damit gezielt an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Darüber hinaus nutzen wir Google, YouTube und viele andere digitale Kanäle für Marketingmaßnahmen und Online-Veranstaltungen.



Standorte in der Region

Als Bank von Menschen für Menschen setzen wir weiterhin auf unsere Standorte in der Region. Eine 2023 durchgeführte Kundenzufriedenheitsanalyse hat bestätigt, wie sehr unsere Kundinnen und Kunden dieses Angebot schätzen. Außerdem erhielten weitere Standorte ein neues modernes Gesicht. Dazu gehören auch unsere digitalen Bilderrahmen statt klassischer Plakate. Sie bieten Informationen zu den aktuellsten Themen – ganz ohne Papier.

Organe

Vorstand

André-Christian Rump (Vorstandsvorsitzender)
Jochen Ramakers (stellvertretender Vorstandsvorsitzender)
Niclas Bychowski (Vorstandsmitglied)

Aufsichtsrat bis 16. Juni 2023

Susanne Steinert (Aufsichtsratsvorsitzende), Sven Hitz (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender), Katrin Becker, Jörg Dreyer, Jürgen Goldberg, Thomas Hermann, Torsten Rathsmann, Prof. Dr. Bodo von Rüden, Dominic Sauer

Die Vertreterversammlung besteht aus 183 Mitgliedervertretern.

Aufsichtsrat ab 16. Juni 2023



Susanne Steinert
(Aufsichtsratsvorsitzende)



Sven Hitz (stellvertretender
Aufsichtsratsvorsitzender)



Katrin Becker



Jörg Dreyer



Jürgen Goldberg



Thomas Hermann



Torsten Rathsmann



Prof. Dr. Bodo von Rüden



Dominic Sauer

Die Vertreterversammlung besteht aus 181 Mitgliedervertretern.

Verbandszugehörigkeit

Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt/Main
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

der Sparda-Bank Hannover eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Hannover eG ist eine Bank für Privatkunden wie Angestellte, Beamte, Rentner und sonstige Privatpersonen. Die Produktpalette ist an den Kunden ausgerichtet. Die Sparda-Bank Hannover eG bietet zielgerichtete Produkte für den Zahlungsverkehr und insbesondere für die von den Kunden nachgefragten Bereiche Bauen und Wohnen sowie Geldanlage und Vorsorge an. Die Kunden stammen nahezu ausschließlich aus dem Einzugsbereich der Bank. Das Geschäftsgebiet der Bank erstreckt sich auf Teile von Niedersachsen sowie Ostwestfalen-Lippe und das Bundesland Bremen. Die Genossenschaft betreut über die digitalen Wege auch Mitglieder und Kunden außerhalb des Kerngeschäftsgebietes.

Die Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Im Jahr 2023 beeinträchtigten die Folgen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und die Spätfolgen der Coronapandemie die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands. Wegen dieser Belastungen sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Prozent, nachdem es 2022 noch merklich zugelegt hatte (+1,8 Prozent). Die Inflationsrate verminderte sich zwar von 6,9 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022 auf 5,9 Prozent 2023, der Preisauftrieb blieb damit aber weiterhin ausgesprochen hoch.

Die bereits Ende 2022 im Zuge des Ukrainekrieges eingetretene wirtschaftliche Schwächephase dauerte im Wesentlichen das gesamte Jahr 2023 an. Dabei überlagerten sich die dämpfenden Einflüsse vielfach. Die bis ins Frühjahr bestehenden Hoffnungen auf eine konjunkturelle Erholung erfüllten sich nicht. Zu Jahresbeginn wurde die Konjunktur vor allem durch die nur langsam schwindenden Belastungen durch die hohe Inflation, die Materialengpässe und die teilweise noch bestehenden Coronaschutzmaßnahmen gedämpft. Im weiteren Jahresverlauf belasteten dann verstärkt die von den westlichen Notenbanken in Reaktion auf die Inflation vorgenommenen kräftigen Leitzinsanhebungen die wirtschaftliche Situation in Deutschland und weltweit. Überlagert wurden diese Einflüsse auch von dem andauernden Arbeits- und Fachkräftemangel hierzulande und den hohen Unsicherheiten, beispielsweise über die Folgen des Ende 2023 eskalierenden Nahostkonfliktes und dem wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichtes im November. In Reaktion auf das Urteil musste die Bundesregierung zum Jahresende in ihrer Finanzplanung deutliche Kürzungen und Einsparungen vornehmen.

Nach einem durch die Erholung von der Coronakrise getriebenen kräftigen Zuwachs im Vorjahr um 3,9 Prozent gingen die privaten Konsumausgaben 2023 preisbereinigt um 0,8 Prozent zurück. Hauptgrund war der kräftige Anstieg der Verbraucherpreise, der die Kaufkraft der Einkommen vieler Haushalte deutlich dämpfte. Die staatlichen Konsumausgaben verminderten sich mit dem Wegfall von pandemiebedingten Sonderausgaben ebenfalls. Insgesamt trugen die Konsumausgaben mit einem Beitrag von –0,8 Prozentpunkten wesentlich zum Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes bei.

Bauinvestitionen, die im Vorjahr um 1,8 Prozent gesunken waren, gaben abermals nach. Neben dem zinsbedingten Nachfragerückgang, von dem der Wohnungsbau noch stärker als der Gewerbebau betroffen war, belastete die nur langsam

nachlassende Baupreisdynamik das Investitionsgeschehen. Alles in allem gingen von den Bruttoanlageinvestitionen kaum Impulse für das preisbereinigte Wirtschaftswachstum aus.

Trotz der allgemeinen Konjunkturschwäche blieb der Arbeitsmarkt in einer soliden Grundverfassung. Zwar stieg die Arbeitslosenzahl in der Statistik, auch wegen der verstärkten Erfassung Geflüchteter, von 2,4 Millionen Menschen im Vorjahr auf 2,6 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenquote befand sich mit 5,7 Prozent aber nach wie vor auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und nur leicht über dem Stand von 2022 (+5,3 Prozent). Zudem hielt der Beschäftigungsaufbau an. Die Erwerbstätigenzahl kletterte im Vorjahresvergleich um rund 300.000 auf einen neuen Rekordwert von gut 45,9 Millionen Menschen.

Nachdem die jährliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex 2022 mit 6,9 Prozent den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht hatte, ging sie 2023 etwas zurück. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflationsrate bei 5,9 Prozent, wobei die Monatswerte einen klar rückläufigen Trend zeigten. So ist die Inflationsrate ausgehend von den im Januar und Februar mit jeweils 8,7 Prozent markierten Maximalwerten bis November und Dezember auf Jahrestiefstände von 3,2 Prozent und 3,7 Prozent gefallen. Generell haben sich die Triebkräfte der Inflation verschoben, weg von den Importpreisen hin zur Binnenteuerung. Verantwortlich für den Rückgang der Gesamtteuerung war in erster Linie der nachlassende Preisanstieg bei Energie. Angesichts staatlicher Entlastungsmaßnahmen und rückläufiger Notierungen für Energieträger verteuerten sich Energieprodukte 2023 um unterdurchschnittliche 5,3 Prozent, nach einem enormen Anstieg um 29,7 Prozent im Vorjahr. Bei Nahrungsmitteln hielt hingegen der hohe Preisauftrieb nahezu ungebremst an. Sie verteuerten sich um 12,4 Prozent nach einer Erhöhung um 13,4 Prozent im Vorjahr.

Das langsame, noch andauernde Abklingen des Inflationsschocks des Jahres 2022 dominierte das vergangene Jahr 2023 an den Finanzmärkten. Die Notenbanken setzten ihre geldpolitischen Straffungen aus dem Vorjahr fort und erhöhten ihre Leitzinsen weiter.

Nachdem die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen 2022 um 250 Basispunkte erhöht hatte, vollzog sie 2023 sechs weitere Zinserhöhungen um 200 Basispunkte. Am 20. September 2023 erreichten die Leitzinsen ihren vorläufigen Höhepunkt mit 4 Prozent für die Einlagefazilität und 4,5 Prozent für die Hauptrefinanzierungfazilität sowie 4,75 Prozent für die Spitzenrefinanzierungfazilität. Damit überschritt die EZB erstmals ihr vor der Finanzkrise erreichtes Leitzinsniveau, als die Einlagefazilität im Maximum bei 3,25 Prozent gelegen hatte. Auf den nachfolgenden Sitzungen bis zum Jahresende bestätigte die EZB dieses Zinsniveau und kündigte an, es so lange aufrecht halten zu wollen, bis die Inflation das mittelfristige EZB-Ziel von 2 Prozent wieder erreiche.

Parallel zu ihren Leitzinserhöhungen fuhr die EZB auch ihre Anleihekaufprogramme weiter zurück, um dadurch ihre restriktive Geldpolitik zu verstärken. Dadurch ging die zusätzliche Nachfrage der Notenbank an den Anleihemärkten deutlich zurück, die in der Niedrigzinsphase dazu gedient hatte, die langfristigen Zinsen durch Übernachfrage zu senken. Indem sie diese Nachfrage entzog, wollte die EZB diese Zinsen wieder steigen lassen und damit die Wirkung ihrer zuerst die kurzen Fristen beeinflussenden Leitzinsen unterstützen.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hannover eG

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Bilanzsumme	5.086.333	5.089.740	-	3.407	0,1
Außerbilanzielle Geschäfte	1.575.042	1.195.109	+	379.933	31,8

Die Bilanzsumme blieb nahezu unverändert und lag damit über dem Prognosewert für das Jahr 2023. Maßgeblich hierfür war insbesondere das Einlagengeschäft mit den Kunden.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 1.063 TEUR, aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 145.979 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 1.428.000 TEUR zusammensetzen, liegen über dem Vorjahresniveau, da zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos Absicherungen über Derivate erfolgten.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Kundenforderungen	2.965.553	2.987.673	-	22.120	0,7
Wertpapiere	884.860	763.093	+	121.767	16,0
Forderungen an Kreditinstitute	1.161.733	1.014.020	+	147.713	14,6

Die Entwicklung der Kundenforderungen lag mit einem leichten Rückgang von -0,7 Prozent im Korridor der im Prognosebericht des Vorjahres enthaltenen Erwartung für das Jahr 2023, die von einer Seitwärtsbewegung ausgegangen war.

Der Rückgang im Darlehensbestand ist ausschließlich auf die Produkte bei den Weiterleitungskrediten beschränkt. In diesem Bereich war nahezu kein Neugeschäft zu beobachten und Fälligkeiten wurden in die eigenen Produkte überführt. Die Darlehen aus eigenen Mitteln bewegen sich stabil auf Vorjahresniveau. Als Ursache ist insbesondere die konjunkturelle Entwicklung zu nennen. Diese führte bei anhaltend starkem Wettbewerb zu einer allgemeinen Zurückhaltung bei persönlichen Bauvorhaben bzw. Immobilienkäufen und den damit verbundenen Kreditaufnahmen.

Neben der Wiederanlage von fälligen Wertpapieren wurde freie Liquidität aus den Forderungen an Kreditinstitute und dem Kundengeschäft in Wertpapiere investiert.

Im Zuge der Liquiditätssteuerung kam es zu einer Verschiebung aus der Barreserve in die Forderungen an Kreditinstitute.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	192.367	268.878	-	76.511	28,5
Spareinlagen von Kunden	1.080.176	1.520.713	-	440.537	29,0
andere Einlagen von Kunden	3.306.013	2.815.852	+	490.161	17,4

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit begründen sich im Wesentlichen unverändert aus Refinanzierungsmitteln für das Kundengeschäft und erhaltene Sicherheitsleistungen für positive Barwerte der Derivate. Diese Positionen waren rückläufig.

Die Kundeneinlagen konnten, besser als erwartet, um 49.624 TEUR gesteigert werden. Der Anstieg ist ausschließlich auf die sehr gute Aufnahme der Anlageprodukte mit festen Laufzeiten durch die Kunden der Sparda-Bank Hannover eG zurückzuführen. Im Saldo konnte ein Abfluss von Kundeneinlagen an Wettbewerber abgewendet werden. Es kam zu Umschichtungen der Kundeneinlagen. Die täglich fälligen Einlagen inklusive Tagesgeld als auch die Spareinlagen waren zugunsten der Terminanlageprodukte rückläufig.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	6.417	6.271	+	146	2,3
andere Vermittlungserträge	2.371	2.581	-	210	8,1
Erträge aus Zahlungsverkehr	17.458	13.433	+	4.025	30,0

Negative Entwicklungen bei den anderen Vermittlungserträgen konnten durch die guten Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft nicht vollständig kompensiert werden. Die Provisionserträge aus Kontoführung und neuen Preismodellen wurden für ein ganzes Kalenderjahr vereinnahmt, nachdem diese Erträge im Jahr 2022 nur anteilig realisiert werden konnten. Die im Prognosebericht erwartete Steigerung wurde übertroffen und unterstreicht damit die Bedeutung des Girokontos als Provisionsträger.

Investitionen

Investitionen waren im Jahr 2023 zur turnusgemäßen Erneuerung von Sachanlagen in verschiedenen Anlagegruppen erforderlich. Die kontinuierliche Optimierung der Standorte wurde durch Umbauten in Gütersloh und Delmenhorst sowie weitere begonnene Maßnahmen in Höhe von 240 TEUR fortgesetzt.

Personal- und Sozialbereich

Die Sparda-Bank Hannover eG beschäftigte im Jahr 2023 durchschnittlich 409 Angestellte.

Es befanden sich zu Beginn des Jahres 2023 elf Auszubildende in der Berufsausbildung. Zum 01. August 2023 wurden sieben Auszubildende in ein Berufsausbildungsverhältnis aufgenommen. Insgesamt schlossen vier Auszubildende erfolgreich ihre Ausbildung ab.

Im Jahr 2024 stellt die Sparda-Bank Hannover eG zehn neue Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Frei gewordene und neu entstandene Stellen inklusive Führungspositionen konnten in gewissem Umfang intern mit eigenem Personal besetzt werden. So haben Mitarbeiter wieder die Chance erhalten, ganz neue Aufgabenbereiche zu übernehmen.

Unsere Führungskräfte, Mitarbeiter und Auszubildenden wurden über insgesamt 649 Seminartage geschult. Die Sparda-Bank Hannover eG hat durchschnittlich rund 879 EUR pro Mitarbeiter investiert. Die Schwerpunkte der Qualifizierungsmaßnahmen bildeten Fortbildungen zu rechtlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, Vertiefung des Fachwissens im Wertpapier- und Baufinanzierungsgeschäft, die Führungskräfteentwicklung sowie die Entwicklung von Fachkarrieren.

II.3 Lage der Sparda-Bank Hannover eG

II.3.1 Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	79.808	80.118	-	310	0,4
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	-	5.656	-	5.656	100,0
Provisionsüberschuss ²⁾	19.300	15.681	+	3.619	23,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	1.901	4.664	-	2.763	59,2
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	36.596	31.786	+	4.810	15,1
b) andere Verwaltungsaufwendungen	29.237	27.872	+	1.365	4,9
Bewertungsergebnis ⁴⁾	7.852	-29.911	+	37.763	126,3
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	42.226	15.723	+	26.503	168,6
Steueraufwand	12.692	12.186	+	506	4,2
Jahresüberschuss	7.138	3.507	+	3.631	103,5

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13-16

Die Entwicklung der Ertragslage hat die in der Vorperiode berichtete Prognose übertroffen.

Im Jahr 2022 war im Zinsüberschuss die Realisierung eines positiven Barwertes in Höhe von 22.436 TEUR aus der Veränderung des Derivate-Portfolios enthalten. Der um diesen Effekt bereinigte Zinsüberschuss 2023 übertraf damit das Vorjahr um 22.126 TEUR. Es erfolgten zudem anders als im Jahr 2022 keine Ausschüttungen aus Spezialfonds, die in der Position Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren enthalten wären.

Die Steigerung des Provisionsüberschusses resultiert im Wesentlichen aus Gebühren für Kontoführung inklusive Zahlungsverkehr, da hier geänderte Preismodelle abweichend vom Jahr 2022 für ein ganzes Kalenderjahr vereinnahmt wurden.

Der Rückgang im sonstigen betrieblichen Ergebnis resultiert aus den im Jahr 2022 enthaltenen Auflösungen aus dem Sondereffekt aus der umgesetzten Anpassung der Bewertung von Pensionsansprüchen nach den Vorgaben des IDW-Rechnungslegungshinweises FAB 1.021.

Die Erhöhungen der Verwaltungsaufwendungen resultieren insbesondere aus erforderlichen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, Gehaltsanpassungen gemäß Tarifvertrag, erhöhtem Werbeaufwand für Online-Marketing sowie inflationsbedingten Effekten (u.a. bei der Datenverarbeitung).

Während das Bewertungsergebnis im Vorjahr von Kurswertabschreibungen für die eigenen Wertpapiere geprägt war, konnten diese im Berichtsjahr 2023 in Teilen wieder zugeschrieben werden. Daneben war sogar die Stärkung der Vorsorge-reserven möglich.

Im Ergebnis verbleibt ein mehr als zufriedenstellendes Jahresergebnis.. Dieses ermöglicht neben einer angemessenen Dotierung der Rücklagen, die Ausschüttung an die Mitglieder der Sparda-Bank Hannover eG – über den eigentlich beabsichtigten Dividendensatz hinaus – zu erhöhen.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Unverändert ist eine hohe Liquidität gegeben, sodass die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr stets gegeben war.

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen, und bieten ausreichend Freiraum für die Fortführung des Bankgeschäftes im Rahmen der strategischen Planung.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	73.098	73.899	-	801	1,1
Rücklagen	162.670	160.970	+	1.700	1,1

Wie im Vorjahr wurde der Rückgang von gezeichnetem Kapital durch die Rücklagenzuführung kompensiert. Das bilanzielle Eigenkapital ist damit insgesamt weiter gestiegen. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 186.820 TEUR (Vorjahr 164.424 TEUR).

Die Sparda-Bank Hannover eG verfügt somit unverändert über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,14 Prozent.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 58,3 Prozent. Im Kundenkreditgeschäft findet aufgrund der Kundenstruktur eine Risikostreuung auf viele Einzelkreditnehmer statt.

Finanzierungen mit einem Volumen von mehr als 400 TEUR sind eher die Ausnahme. Ihr prozentualer Anteil am gesamten Kundenkreditvolumen beträgt per 31. Dezember 2023 8,0 Prozent. Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgesichert. Latente Risiken sind durch Vorsorgereserven abgedeckt.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Anlagevermögen	406.247	339.163	+	67.084	19,8
Liquiditätsreserve	478.613	423.930	+	54.683	12,9

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 17,4 Prozent an der Bilanzsumme. Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darüber hinaus ergaben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag.

Im Anlagevermögen sind nachrangige Anleihen, weitere bestimmte Wertpapiere von Emittenten aus dem genossenschaftlichen Verbund und der Immobilien-Spezialfonds enthalten.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 1.428.000 TEUR eingesetzt. Die Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufes und der Lage

Die im Prognosebericht für das Jahr 2023 avisierte deutliche Ergebnisverbesserung ist eingetreten. Die beschriebenen Erwartungen wurden im Zinsergebnis und im Provisionsergebnis sogar übertroffen. Die Entwicklung bei den Kundenbeständen und der Bilanzsumme bewegte sich im Geschäftsjahr insgesamt ebenfalls im Korridor der Erwartungswerte.

Mit dem erzielten Ergebnis ist die Bank sehr zufrieden.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

III.1.1 Ziele und Strategien

Das Risikomanagement ist für die Bank eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen.

Insofern umfassen die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse das komplette Risikomanagement im betriebswirtschaftlichen Sinne einschließlich der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation aller wesentlichen Risiken.

Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient zugleich der Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch eine nachhaltige Geschäfts- und Risikostrategie, die aufzeigt, mit welchen strategischen Zielen und Maßnahmen die langfristige Existenz der Bank dauerhaft gesichert werden soll.

III.1.2 Verfahren zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken

Alle eingegangenen Geschäfte sind mit Risiken versehen. Die Identifizierung, Limitierung, Messung, Steuerung und Kommunikation dieser Risiken erfolgt im Rahmen des Gesamtbanksteuerungsprozesses, der alle Aktivitäten auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie vereint und gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) für Kreditinstitute ausgerichtet ist.

Identifikation

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken.

Im Rahmen der jährlichen oder anlassbezogenen Risikoinventur identifiziert, quantifiziert, beurteilt und dokumentiert die Bank die Risiken, die die Vermögens- (inklusive Kapitalausstattung), Ertrags- oder Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können. Die Inventur betrifft ebenfalls die damit verbundenen Risikokonzentrationen auf Gesamtinstitutsebene.

Bewertung

Im Rahmen der Risikoinventur erfolgt die qualitative Einstufung der Risikoarten in die aufsichtsrechtlichen Kategorien „wesentliches Risiko“ bzw. „unwesentliches Risiko“. Als wesentliche Risiken wurden folgende Risikokategorien identifiziert:

- ➔ Marktpreisrisiken
- ➔ Adressenrisiken
- ➔ Liquiditätsrisiken
- ➔ Operationelle Risiken
- ➔ Immobilienpreisrisiken
- ➔ Beteiligungsrisiken
- ➔ Vertriebs- und Betriebsrisiken
- ➔ Modellrisiken
- ➔ ESG-Risiken

Steuerung und Überwachung

Die Risikotragfähigkeit stellt die betriebswirtschaftliche Grundlage der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse dar. Die Steuerung erfolgt im Rahmen der normativen und ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit.

Zur gezielten Steuerung der Risiken existieren Limite für die einzelnen Risikoarten. Die Risikoermittlung erfolgt im Konfidenzniveau 99,9 Prozent. Zum Stichtag wurde die gesamte Risikotragfähigkeit zu 51 Prozent ausgelastet.

In der strategischen Steuerung gemäß Eigengeschäftsstrategie besteht das Ziel der risiko- und ertragsoptimalen Aufteilung und Anlage des Vermögens der Bank im Rahmen der strategischen Asset Allokation. Die Steuerung der einzelnen Risiko- und Vermögensklassen ist überwiegend passiv ausgerichtet, das heißt, sie orientiert sich an der gewählten Benchmark. Zur Einhaltung der passiven Ausrichtung wurde ein Abweichungslimit definiert.

Für die strategische Steuerung und Vermögensallokation werden Diversifikationseffekte bewusst genutzt, die dagegen im Rahmen der Risikotragfähigkeit aus Vorsichtsgründen ignoriert werden.

Die Risikolage wird dem Vorstand im regelmäßigen Risikobericht aufgezeigt. Der Aufsichtsrat erhält den Risikobericht quartalsweise sowie wesentliche Kennzahlen zur Gesamtbanksteuerung im monatlichen Rhythmus.

Zusätzlich werden bei Überschreiten definierter Beobachtungsmarken Ad-hoc-Berichte erstellt, die bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Auf Basis der aktuellen Ergebnisvorschau und des Risikoberichtes werden Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Die Gesamtbanksteuerung wird bestimmt durch die Verbindung von internen Steuerungsgrößen, die ökonomisch ausgerichtet sind, und externen Größen, die zum Beispiel durch handelsrechtliche oder aufsichtsrechtliche Vorgaben geprägt sind. Die integrierte Betrachtung beider Sichten erlaubt eine gezielte Steuerung.

Die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risikoarten werden regelmäßig überprüft, kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den aufsichtsrechtlichen sowie bankinternen Anforderungen und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Im Rahmen der Organisation erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Handels- und Nichthandels- bzw. Markt- und Marktfolgebereichen sowohl innerhalb der Aufbau- als auch der Ablauforganisation, sodass die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems gewährleistet ist. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagementaktivitäten werden gemäß den MaRisk durch die Interne Revision geprüft.

III.1.3 Stresstests

Im Rahmen der regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoquantifizierung werden auch umfangreiche Stresstests durchgeführt, in denen die Auswirkungen ungewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse auf den Geschäftsbetrieb der Bank simuliert werden.

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Angesichts der Geschäftsstruktur beziehen sich die Marktpreisrisiken auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen, auf Kursveränderungen im Direktbestand sowie in Spezial- und Immobilienfonds. Das Zinsänderungsrisiko stellt die bedeutendste Risikoart innerhalb des Marktpreisrisikos dar.

Die Fristentransformation ergibt sich im Wesentlichen aus der tendenziell längerfristigen Bindung auf der Aktivseite verglichen mit der in weiten Teilen kurzfristigeren Mittelaufnahme auf der Passivseite, sodass sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen auf den Unternehmenserfolg der Bank niederschlagen. Die Zinsänderungsrisiken misst und steuert die Bank barwertig mit einem System, das die Risiken rechtzeitig erfasst und quantifiziert sowie diese auf die internen Limite anrechnet. Die risikobegrenzenden Limite sind so festgesetzt, dass Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, bevor die Risikotragfähigkeit deutlich tangiert wird.

Risiken der strategischen Asset Allokation

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation wurden zur weiteren Diversifizierung Risiken in Aktien- und Rentenfonds aufgebaut. Aktien- und Rentenfonds werden in einem Spezialfonds aggregiert. Zudem werden Immobilienfonds in der strategischen Asset Allokation gehalten, die jedoch separat gesteuert werden.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die Bank stellt sicher, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen definierter Limite getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiertes System begrenzt.

Ein Handelsbuch im Sinne der CRR unterhält die Bank nicht. Die genutzten Finanzinstrumente dienen der Anlage oder Absicherung im Rahmen der Zinsbuchsteuerung.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Unter Adressenrisiken werden die möglichen Verluste verstanden, die sich durch den teilweisen oder vollständigen Ausfall oder eine Bonitätsverschlechterung eines Kreditnehmers oder Vertragspartners ergeben können. Die Bank unterscheidet zwischen klassischem Adressenausfallrisiko des Kundenkreditgeschäftes sowie dem Kontrahenten- und Emittentenrisiko des Eigengeschäftes.

Die Adressenrisiken werden zusätzlich zu den internen Limiten aufsichtsrechtlich durch Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR begrenzt.

Alle Kreditnehmer werden nach bankinternen Beurteilungskriterien in Risikogruppen eingestuft. Dazu nutzt die Bank externe und interne Ratings. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumen und Blankoanteilen ausgewertet und in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Die Einstufungen werden regelmäßig überprüft und in einem vierteljährlichen Risikobericht dargestellt.

Dieser Quartalsbericht gibt unter anderem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Größenklassen, Rating und Besicherung.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäftes bestehen beispielsweise Limite hinsichtlich des risikorelevanten Geschäftes oder des Ratings im Bestand und Neugeschäft.

Das Adressenrisiko aus Ausfall- und Migrationsrisiko wird innerhalb von VR-Control mit dem Kreditportfoliomodell Kundengeschäft (KPM-KG) der parcIT GmbH ermittelt.

Eigenanlagen

Bevor mit einer Adresse im Eigengeschäft Handelsgeschäfte durchgeführt werden, ist ein Votierungsprozess zu durchlaufen, der mindestens einmal jährlich wiederholt wird. Zur Begrenzung der Adressenrisiken im Eigengeschäft werden Direktanlagen grundsätzlich nur bei europäischen Emittenten in Euro getätigt.

In der Direktanlage sind zur Risikodiversifizierung die einzelnen Engagements jeder Kreditnehmereinheit in Abhängigkeit von der Bonität und Besicherung in der Höhe limitiert. Dabei müssen diese Anlagen bzw. Emittenten beim Erwerb von international anerkannten Ratingagenturen beurteilt und mindestens mit einem Investment Grade Rating eingestuft worden sein. Die externen Ratings werden durch interne Risikoüberwachungsmechanismen begleitet.

Zur Gewährleistung eines unter Bonitäts Gesichtspunkten soliden Eigengeschäftes gelten neben den emittentenbezogenen Limiten auch Strukturlimite im Gesamtbestand für Anlagen außerhalb Deutschlands sowie hinsichtlich des Ratings und der Besicherung. Ergänzend erfolgt eine Spreadüberwachung der zulässigen Emittenten und der im Bestand befindlichen Positionen.

Im Eigengeschäft werden Ausfall-, Spread- und Migrationsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Die Risikoermittlung erfolgt innerhalb von VR-Control mit dem Kreditportfoliomodell Eigengeschäft (KPM-EG) der parclT GmbH.

Zur Umsetzung der strategischen Asset Allokation im Spezialfonds werden Fonds erworben. Diese werden mindestens einmal jährlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes und ihrer Wirksamkeit bezüglich der strategischen Asset Allokation analysiert.

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation finden indirekt auch Anlagen außerhalb Europas statt, die in der Höhe limitiert sind.

Die eingesetzten Risikomodelle sind hinreichend konservativ gewählt, um die sich daraus ergebenden Risiken in der Risikotragfähigkeit abzubilden.

Länderrisiken

Länderrisiken ergeben sich im Wesentlichen nur aus dem Eigengeschäft und werden durch Strukturlimite auf Basis des Gesamtbestandes gesteuert.

III.4 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können (Liquiditätsrisiken im engeren Sinne) oder wenn die Liquidität nur zu veränderten Marktpreisen beschafft werden kann (Refinanzierungskostenrisiko).

Zur Vermeidung des Risikos der Illiquidität ist u. a. die aufsichtsrechtlich definierte LCR (Liquidity Coverage Ratio – Mindestliquiditätsquote) einzuhalten. Die LCR fungiert als Kennzahl des kurzfristigen Liquiditätsrisikos jedes Kreditinstitutes und stellt das Verhältnis zwischen liquiden Aktiva und möglichen Zahlungsabflüssen der nächsten 30 Tage dar. Darüber hinaus ist die NSFR (Net Stable Funding Ratio) zur Einhaltung einer stabilen Refinanzierung täglich einzuhalten.

Die Finanzplanung der Bank ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Im genossenschaftlichen Finanzverbund stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen aufzufangen. Ergänzend können bei der EZB qualitativ hochwertige und im Volumen angemessene Wertpapierbestände im Pfanddepot vorgehalten werden.

Darüber hinaus ist ein Mindestzeitraum einzuhalten, um verstärkte Zahlungsmittelabflüsse ohne finanzielle Hilfe Dritter durch Vorhalten ausreichender liquider Mittel zu überstehen (Survival Period).

Die Liquiditätsübersicht basiert auf Annahmen der Ergebnisvorschau und berücksichtigt liquiditätsspezifische Charakteristika der Produkte. Die Erstellung erfolgt innerhalb von VR-Control. In der Liquiditätsübersicht werden die erwarteten Zahlungsmittelzu- und -abflüsse gegenübergestellt. Die schon entstandenen und die sich aus den möglichen Refinanzierungsnotwendigkeiten ergebenden zukünftigen Refinanzierungskosten werden über ein geeignetes Kostenverrechnungssystem im Rahmen der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt.

Aus der Liquiditätsübersicht werden zusätzlich Risikoszenarios insbesondere im Rahmen der Stresstests abgeleitet. Diese Risikoszenarios berücksichtigen verstärkte Zahlungsmittelabflüsse durch Abschmelzung der Einlagen oder verstärkten Abruf eingeräumter Kreditlinien.

Das ökonomische Liquiditätsrisiko zeigt den möglichen Verlust des Liquiditätskostenbarwertes auf, wenn sich das Verhältnis zwischen risikoloser Zinskurve (Swap) und Pfandbriefkurve ändert.

III.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Gefahren von Verlusten, die in betrieblichen Systemen und Prozessen (inkl. IT-Systemen, Projekten und ausgelagerten Aktivitäten) begründet liegen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Es wurden Steuerungsinstrumente für das Management operationeller Risiken entwickelt, die eine regelmäßige Analyse und Identifizierung von Schwachstellen und Optimierungsmöglichkeiten von Prozessen liefern.

Die Ablaufprozesse der Sparda-Bank Hannover eG und die Funktionsfähigkeit der technischen Systeme werden laufend den internen und externen Erfordernissen angepasst. Die wesentlichen betrieblichen Abläufe sind in Arbeitsanweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision überwacht. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgeschirmt.

Bei der Umsetzung der Anforderungen aus § 25h KWG wurde die Sparda-Bank Hannover eG durch die Sparda-Bank Hamburg eG unterstützt. An diese Genossenschaft ist seit dem 01. Januar 2023 die Funktion der Zentralen Stelle gemäß § 25h Abs. 7 KWG (Beauftragter zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Finanzsanktionsverstößen und vermögensgefährdender strafbarer Handlungen) ausgelagert.

Die Ermittlung und Abbildung operationeller Risiken in der Risikotragfähigkeit erfolgt anhand von internen Risikoeinschätzungen bzgl. der Geschäftsprozesse, der Risiken der IT-Systeme und IT-Sicherheit, des Notfallmanagements, der Projekte sowie der Auslagerungen.

III.6 Weitere Risiken

III.6.1 Immobilienpreisrisiken

Im Rahmen der Eigengeschäftsstrategie wurden in den letzten Jahren Immobilienfonds erworben und in einem Spezialfonds gebündelt. Aufgrund des inzwischen erreichten Umfangs an Immobilienfonds wird das Risiko im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeit separat gesteuert.

Analog zum sonstigen Eigengeschäft durchlaufen die einzelnen Fonds vor Zeichnung einen Votierungsprozess, der jährlich aktualisiert wird. Durch die Zeichnung verschiedener Fonds wurde eine Diversifizierung hinsichtlich Branchen, Ländern und Nutzungsart erreicht, um mögliche Risikokonzentrationen zu minimieren.

Die Zentrale der Bank am Ernst-August-Platz in Hannover befindet sich mittelbar zu 100 Prozent im Besitz der Bank.

Immobiliengeschäfte gemäß MaRisk BTO 3 werden nicht betrieben.

III.6.2 Beteiligungsrisiken

Beteiligungen bestehen nur innerhalb des genossenschaftlichen Verbundes und haben strategischen Charakter bzw. stellen Pflichtbeteiligungen dar. Sie folgen keiner Renditeabsicht.

In den letzten Jahren wurden AT1-Anleihen der DZ Bank AG erworben, die in ihrer Ausgestaltung eine hohe Ähnlichkeit zu den Beteiligungen haben. Aufgrund des Umfangs aller Beteiligungs- und beteiligungsnahen-Positionen werden diese Positionen separat im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeit gesteuert.

III.6.3 Vertriebs- und Betriebsrisiken

Als Vertriebs- und Betriebsrisiken werden Abweichungen im Kundengeschäft definiert, die aus einer Unterschreitung der geplanten Erträge durch Volumen- und Margenabweichungen sowie im Provisionsergebnis oder einer Überschreitung der geplanten Betriebsaufwendungen entstehen oder durch eine Kombination beider Effekte eintreten können.

Die Wirkungen des Vertriebs- und Betriebsrisikos werden im Rahmen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit im adversen Szenario gezeigt. Dagegen wird das Vertriebs- und Betriebsrisiko in der ökonomischen Risikotragfähigkeit nicht abgebildet, da in dieser Sicht nur die Risiken des aktuellen Bestandes ohne erwartetes Neugeschäft betrachtet werden.

III.6.4 Modellrisiken

Alle in der Risikotragfähigkeit abgebildeten Risiken ergeben sich aus der Verwendung von Modellen. Es besteht ein Modellrisiko, wenn die zugrunde liegenden Annahmen und Algorithmen sich von der tatsächlichen Entwicklung unterscheiden.

Zur Minimierung des Modellrisikos werden etablierte Verfahren und Modelle eingesetzt, die einem regelmäßigen Back-testing unterzogen werden. Ein wesentlicher Vorteil aus der Rechenzentrumsmigration im Jahr 2020 liegt auch darin, dass mit der Einführung von VR-Control eine zentrale Modellvalidierung seitens der parclT GmbH vorgenommen wird.

Die bisherigen Validierungen bestätigten die Modelle der parclT GmbH. Darüber hinaus werden Modellrisiken für Marktpreis-, Adressen- und Immobilienrisiken ermittelt und bei der jeweiligen Risikoart auf das Risikolimit angerechnet.

III.6.5 ESG-Risiken

Das ESG-Risiko wird in der Risikosteuerung als querschnittliche Risikoart verstanden, deren Wirkung sich in den klassischen Risikoarten zeigt. Derzeit existieren noch keine ausreichenden und mit entsprechender Qualität versehenen Zeitreihen, um daraus Risikomodelle zu entwickeln. Daher werden im Rahmen von Szenarioanalysen Ursache-Wirkungs-Ketten aufgestellt, um die wesentlichen Stellhebel zu identifizieren. Im Rahmen des Risikoberichtes werden die ESG-Einstufungen im Kunden- und Eigengeschäft sowie die Erreichung der internen ESG-Ziele aufgezeigt.

III.6.6 Weltweite Krisen

In den letzten Jahren häuften sich die weltweiten Krisen und Gefahrenherde, z.B. der Krieg in der Ukraine, dauerhafte Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen in Nahost, Spannungen um Taiwan, um nur einige zu nennen. Deren Auswirkungen waren auch im letzten Jahr in vielen Bereichen gleichermaßen spürbar. In Folge dieser Krisen ergeben sich häufig heftige Marktverwerfungen an den Zins- und Aktienmärkten, die sich auch innerhalb der GuV widerspiegeln. Es ist davon auszugehen, dass derartige Krisen auch in den kommenden Jahren anhalten. Aufgrund der guten Eigenmittelausstattung können die Wertänderungen auch zukünftig gut abgedeckt werden.

III.7 Gesamtbild der Risikolage

Nach zusammenfassender Betrachtung der allgemeinen und besonderen Risiken kann festgestellt werden, dass zurzeit keine existenzgefährdenden Risiken bestehen. Darüber hinaus ist die Bank in der Lage, aufgrund ihres vorhandenen Risikodeckungspotenzials beim Auftreten von Risikofaktoren einen entsprechenden Ausgleich zu bewirken.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet in den nächsten Jahren einen unverändert anhaltenden harten Wettbewerb im Kundengeschäft.

Zur Schärfung des bestehenden Geschäftsmodells und zur Optimierung ihrer Kunden- und Produktphilosophie wird die Sparda-Bank Hannover eG dem Weg ihrer eingeschlagenen Strategie weiter folgen.

Die Gewinnung von Girokonten und Baufinanzierungen sowie die Vermittlung von Investmentfonds stehen auch weiterhin im Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten.

Auf Basis der getroffenen Planungsannahmen wird für die kommenden beiden Jahre das Kundenaktivgeschäft um 2–3 Prozent p. a. wachsen und das Kundenpassivgeschäft auf dem aktuellen Niveau verbleiben. Dadurch werden sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanzsumme ergeben.

Die Eigengeschäfte unterstützen und ergänzen die Kundengeschäfte. Die bedeutendste Risikoklasse Zinsbuch wird passiv, d. h. benchmarknah im Rahmen eines Abweichungslimits, gesteuert. Weitere Risikoklassen wie Aktien oder Immobilien werden über Fonds abgebildet.

In den Planungsrechnungen wird grundsätzlich eine Prolongation des Wertpapierbestandes unterstellt, sodass von einem konstanten Verlauf auszugehen ist.

Innerhalb der Weiterentwicklung der strategischen Asset Allokation wird die Mischung verschiedener Risikoklassen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Anforderungen an den Geschäftsbetrieb sind gerade aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung in den nächsten Jahren von einem hohen Anspruch an die Kundenzufriedenheit bei gleichzeitiger kostengünstiger Leistungserstellung und schneller Abwicklung geprägt.

Die Bank ist daher bestrebt, ihre Effizienz dauerhaft zu steigern, indem sie die Produkte und Prozesse – stets mit Blick auf den Kunden – digitalisiert, optimiert und automatisiert. Hierzu betreibt sie eine ständige Ertragssteuerung und ein aktives Kostenmanagement.

Auch wenn die starken Belastungen des Zinsergebnisses durch die Niedrig- und Negativzinsphase inzwischen überwunden wurden, würde ein Fortbestehen der zum Jahreswechsel vorliegenden inversen Zinskurve insbesondere die wesentliche Geschäftsaktivität Fristentransformation langfristig belasten und das Zinsergebnis ohne weitere Maßnahmen jährlich reduzieren. Die Bank hat jederzeit die Möglichkeit, die strategische Ausrichtung zu überprüfen und wird bei Bedarf Maßnahmen einleiten, den Fortbestand des Geschäftsmodells zu sichern. Für das Jahr 2024 wird ein Zinsergebnis auf dem Niveau von 2023 erwartet.

Auf Basis der Planung wird für 2024 ein um ca. 2 Mio. EUR geringeres Provisionsergebnis erwartet.

Die Planungsrechnungen für den Verwaltungsaufwand sind insbesondere wegen der hohen Unsicherheit aufgrund der noch immer bestehenden Inflation konservativ ausgerichtet und zeigen zusätzliche Belastungen von 3 Mio. EUR für 2024.

Durch die starke Fokussierung auf das Baufinanzierungsgeschäft können sich die Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft tendenziell erhöhen, sollten die Kunden aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten in eine finanzielle Notsituation geraten. Aufgrund der bestehenden Limitierung, der vergleichsweise hohen Granularität des Portfolios und der bestehenden Reserven sollten mögliche Ausfälle aber wie auch bisher verkraftbar sein.

Aufgrund der guten Bonität der Eigenanlagen und des geltenden Systems an Struktur- und Emittentenlimiten erwartet die Bank keine erhöhten Ausfallrisiken im Eigengeschäft.

Es wird erwartet, dass das Bewertungsergebnis aus Kunden- und Eigengeschäft unter Annahme konstanter Marktdaten gegenüber dem Vorjahr zurückgeht, aber im positiven Bereich verbleibt. Selbst bei sich weiter verschärfenden Marktdaten steht den ermittelten Risiken ausreichend Risikodeckungsmasse gegenüber.

Die bisher gute Eigenmittelausstattung soll auch in Zukunft aus dem Ergebnis weiter nachhaltig gestärkt werden.

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet damit zusammenfassend in den beiden nächsten Geschäftsjahren trotz aller Vorsicht eine positive Geschäftsentwicklung. Die größten Unsicherheiten bestehen in einer weiteren Eskalation oder Zunahme weltweiter Krisen.

Sollte die Inflation nicht perspektivisch sinken und sich die Konjunktur noch stärker in Richtung Rezession bewegen, dann können stärkere Belastungen im Kunden- und Eigengeschäft nicht ausgeschlossen werden. Daher werden diese Entwicklungen fortlaufend beobachtet, sodass daraus Maßnahmen zur Ergebnis- und Risikosteuerung abgeleitet und umgesetzt werden können.

Mit allen Geschäftsaktivitäten will die Bank weiter nachhaltig Eigenmittel schaffen, um weiterhin eine langfristige Existenzsicherung, auch unter den verschärften regulatorischen Anforderungen, zu ermöglichen. Von grundlegender Bedeutung bleibt das zinsabhängige Kundengeschäft.

Die Überprüfung der Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells erfolgt u. a. im Rahmen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit (Kapitalplanung). Anhand von Szenarioanalysen für das aktuelle und die folgenden drei Kalenderjahre werden mögliche Entwicklungen der Ergebnis- und Vermögenslage aufgezeigt. Daraus können bei Bedarf frühzeitige Gegensteuerungsmaßnahmen abgeleitet werden.

Die größten Chancen für das Geschäftsmodell ergeben sich, wenn das Zinsniveau die Inversität zugunsten einer steileren Struktur verlässt. Eine weitere Chance liegt in der Intensivierung der Vertriebsaktivitäten im Provisionsgeschäft.

Die größten Risiken ergaben sich bisher aus einem Niedrig- und Negativzinsniveau wie in den letzten Jahren und parallel nachgebenden Aktienmärkten.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass, soweit vorstehend Prognosen oder Erwartungen geäußert wurden oder Aussagen die Zukunft betreffen, die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen hiervon abweichen können.

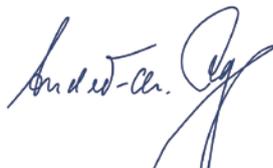
V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

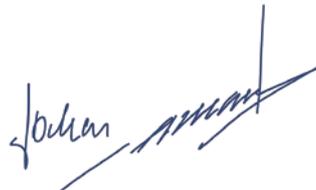
Hannover, 14. März 2024

Sparda-Bank Hannover eG

Der Vorstand



André-Christian Rump



Jochen Ramakers



Niclas Bychowski

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der Sparda-Bank Hannover eG hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrates in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand die Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2023 hat der Aufsichtsrat insgesamt fünf reguläre sowie eine außerordentliche Sitzung abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung, die Risikosituation, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen und die strategische Ausrichtung der Bank.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Risiko- und Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Nominierungsausschuss sowie einen Vergütungskontrollausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten regelmäßig über ihre Tätigkeit in den Sitzungen des Aufsichtsrates.

Der vorliegende Jahresabschluss 2023 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Im Jahr 2024 scheiden turnusmäßig Frau Becker, Herr Hitz und Herr Prof. Dr. von Rüden aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl ist zulässig.

Der Aufsichtsrat dankt den Vertreterinnen und Vertretern für ihre Unterstützung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand für die erfolgreiche Arbeit im Jahr 2023.

Hannover, 06. Mai 2024



Susanne Steinert

Vorsitzende des Aufsichtsrates

1. Jahresbilanz zum 31.12.2023

Aktivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			12.748.340,18		16.426
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			715.012,49		248.692
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	715.012,49				(248.692)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	13.463.352,67	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			452.036.773,90		393.179
b) andere Forderungen			709.695.972,46	1.161.732.746,36	620.841
4. Forderungen an Kunden				2.965.552.934,32	2.987.673
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2.072.267.963,68				(2.096.816)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
bb) von anderen Emittenten		467.698.420,68	467.698.420,68		378.714
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	253.676.714,87				(254.494)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	467.698.420,68	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				417.161.565,54	384.380
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			9.354.566,50		9.355
darunter: an Kreditinstituten	9.146.662,44				(9.147)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
an Wertpapierinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			32.310,00	9.386.876,50	32
darunter: bei Kreditgenossenschaften	21.000,00				(21)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
bei Wertpapierinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				38.714.398,54	38.714
darunter: an Kreditinstituten					(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten					(-)
an Wertpapierinstituten					(-)
9. Treuhandvermögen				244,29	1
darunter: Treuhandkredite	244,29				(1)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			20.222,00		7
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	20.222,00	-
12. Sachanlagen				2.829.044,07	3.167
13. Sonstige Vermögensgegenstände				9.662.773,86	7.153
14. Rechnungsabgrenzungsposten				69.002,44	89
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				41.676,00	1.317
17. -				-	-
Summe der Aktiva				5.086.333.257,27	5.089.740

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			239.966,06		51.785
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			192.126.599,72	192.366.565,78	217.093
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.079.333.978,86			1.519.672
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		842.116,17	1.080.176.095,03		1.041
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.418.669.141,58			2.771.972
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		887.344.044,51	3.306.013.186,09	4.386.189.281,12	43.879
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				244,29	1
darunter: Treuhandkredite	244,29				(1)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				6.036.880,47	4.561
6. Rechnungsabgrenzungsposten				82.541,98	54
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			15.357.305,00		11.314
b) Steuerrückstellungen			3.408.320,18		9.472
c) andere Rückstellungen			12.723.194,87	31.488.820,05	15.652
8. –				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				40.442.657,79	40.444
10. Genussrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				186.820.261,57	164.424
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			73.098.480,00		73.899
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		26.200.000,00			25.843
cb) andere Ergebnisrücklagen		136.470.000,00			135.127
cc) –		-	162.670.000,00		-
d) Bilanzgewinn			7.137.524,22	242.906.004,22	3.507
Summe der Passiva				5.086.333.257,27	5.089.740
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.062.694,70		1.066
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	1.062.694,70	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			145.978.864,13	145.978.864,13	181.042
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2023

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		100.325.143,30			86.954
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		9.955.872,89	110.281.016,19		3.413
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	-				(892)
2. Zinsaufwendungen				79.807.607,29	-10.250
darunter: erhaltene negative Zinsen	977,57				(383)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				-	5.656
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			257.137,74		252
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				257.137,74	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen					-
5. Provisionserträge			26.558.586,62		22.636
6. Provisionsaufwendungen			-7.259.033,86	19.299.552,76	-6.955
7. Nettoertrag des Handelsbestands					-
8. Sonstige betriebliche Erträge				2.856.550,23	5.678
9. -					-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-25.354.414,84			-24.576
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-11.241.553,14	-36.595.967,98		-7.210
darunter: für Altersversorgung	-6.749.990,17				(-2.819)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-29.236.789,46	-65.832.757,44	-27.872
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-1.058.700,48	-1.079
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-955.473,48	-1.014
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-278.169,76			(-326)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					-14.359
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			2.829.987,56	2.829.987,56	-
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbunde- nen Unternehmen und wie Anlagever- mögen behandelte Wertpapiere					-15.551
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			5.022.057,30	5.022.057,30	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme					-
18. -					-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				42.225.961,48	15.723
20. Außerordentliche Erträge					-
21. Außerordentliche Aufwendungen					-
22. Außerordentliches Ergebnis					(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-12.683.715,12		-12.177
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-7.993,48	-12.691.708,60	-8
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-22.396.728,66	-31
25. Jahresüberschuss				7.137.524,22	3.507
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr					-
				7.137.524,22	3.507
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage					-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen					-
				7.137.524,22	3.507
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage					-
b) in andere Ergebnisrücklagen					-
				7.137.524,22	3.507
28a. -					-
29. Bilanzgewinn				7.137.524,22	3.507

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover, ist beim Amtsgericht Hannover unter der Genossenschaftsregister-Nummer 220 eingetragen.
- Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigem Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde eine Pauschalwertberichtigung gebildet.

Den latenten Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt über ein Expected-Credit-Loss-Modell, bei dem ein erwarteter Verlust über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne die Anrechnung von Bonitätsprämien ermittelt wird. Die Berechnung des erwarteten Verlustes erfolgt unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt für alle unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäften sowie für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverpflichtungen und anderen Verpflichtungen (einschließlich unwiderruflicher Kreditzusagen). Im Hinblick auf unwiderrufliche Kreditzusagen und Eventualverpflichtungen erfolgt die bilanzielle Erfassung in Form einer Rückstellung.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340 f. HGB im Bestand.

Wertpapiere

Sowohl die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) als auch die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten derivativen Finanzinstrumentes wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Chancen oder Risiken im Vergleich zum Basisinstrument aufweisen, liegen nicht vor.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten/Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Für Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen erfolgte eine teilweise kongruente Bewertung. Vgl. hierzu Ausführungen in dem Abschnitt Rückstellungen.

Latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Nennenswerte passive Steuerlatenzen bestehen nicht. Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere sowie bei den Rückstellungen.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung

Vermögensgegenstände, die die Voraussetzung des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden mit den Altersversorgungs- und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen verrechnet.

Das Deckungsvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 33.602.666 EUR entspricht den Anschaffungskosten und wurde mit dem Erfüllungsbetrag der Altersversorgungsverpflichtungen in Höhe von 33.560.990 EUR saldiert. Ein nach der Saldierung verbleibender Überhang wurde in Höhe von 41.676 EUR aktiviert. Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit laufenden Erträgen sowie Erfolgsauswirkungen aus Zeitwertänderungen des Deckungsvermögens in Höhe von 503.990 EUR verrechnet. Der Saldo ist unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Pensionsanwartschaften wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit statischer Prämie berechnet. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden, soweit relevant, sechs Prozent p. a. und als Rententrend allgemein zwei Prozent p. a. bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von einem Prozent p. a. in die Bewertung einbezogen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte entsprechend unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2023 entsprechend des für die Ermittlung des Rechnungszinses vorgeschriebenen Verfahrens (1,83 Prozent). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 246.139 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden abweichend zum Ab-/Aufzinsungseffekt im Personalaufwand gezeigt.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Für Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen wurde eine teilweise kongruente Bewertung auf Basis eines faktorbasierten Bewertungsverfahrens (Deckungskapitalverfahren) vorgenommen. Im Zuge der Anwendung des sogenannten Primats der Aktivseite wurden die

Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen im Berichtsjahr mit dem korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung bewertet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuches

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuches einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuches resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert im Kundenkreditgeschäft sowie Eigengeschäft und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Bei den zurechenbaren Gebühren- und Provisionserträgen werden Kontoführungsgebühren, Postenentgelte und Kartenentgelte, sofern die jeweilige Karte Bestandteil des Kontomodells ist, angesetzt. Gemäß einer differenzierten Schätzung wird der Anteil der Verwaltungskosten für die Bestandsführung der zinsbezogenen Geschäfte an den gesamten Verwaltungsaufwendungen ermittelt. Zukünftige Kostensteigerungen werden berücksichtigt. Bei der Bemessung der voraussichtlich noch anfallenden Verwaltungskosten für die Bestandsführung der zinsbezogenen Geschäfte werden Overheadkosten anteilig berücksichtigt.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit werden regelmäßig Bürgschaften übernommen. Dabei ist es erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2023 in Höhe von 145.978.864 EUR betreffen 128.047.364 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Es werden unwiderrufliche Kreditzusagen gewährt, um den Finanzierungsbedürfnissen der Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Bank widerrufen werden können. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuches einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrages). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwandes). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag, ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlageverwerte	1.862.316	21.545	-	a) 958.622 b) -	925.239	20.222	6.914
Sachanlagen							
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	18.392.952	735.563	-	a) 784.977 b) -	18.343.538	2.829.044	3.166.869
Summe a	20.255.268	757.108	-	a) 1.743.599 b) -	19.268.777	2.849.266	3.173.783

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zu- gängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR (+)	EUR (-)	EUR (+/-)	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlageverwerte	1.855.402	-	958.622	-	8.237	-	905.017
Sachanlagen							
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	15.226.083	-	762.053	-	1.050.464	-	15.514.494
Summe a	17.081.485	-	1.720.675	-	1.058.701	-	16.419.511

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlage- vermögens	354.366.256		50.858.602 405.224.858
Beteiligungen und Geschäfts- guthaben bei Genossen- schaften	9.386.877		- 9.386.877
Anteile an verbundenen Unternehmen	38.714.399		- 38.714.399
Summe b	402.467.532		50.858.602 453.326.134
Summe a und b	422.722.800		456.175.400

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

→ In den Forderungen an Kreditinstitute sind 834.487.559 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	319.695.972	50.000.000	160.000.000	180.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	60.976.369	138.255.736	656.618.748	2.100.110.643

In den Forderungen an Kunden sind 9.591.438 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

→ Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 102.342.151 EUR fällig.

→ In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	834.487.559	989.293.219
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	329.193.564	234.199.119

→ Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 Prozent (Bilanzposten A 6).

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
a) Renditeerwartung	185.035.704	189.544.695	4.508.991	–	Ja
b) Renditeerwartung	232.125.861	233.991.229	1.865.368	–	Nein

Die Anlage zu „a)“ enthält eine Teilkomponente in Höhe von 30.000.000 EUR bei der eine tägliche Rückgabe nicht möglich ist.

→ Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda Hannover Immobilien GmbH, Hannover	100	2023	32.673	2023	141
b) 1. Sparda Hannover Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Hannover	100	2023	44.418.208	2023	–8.601
c) 2. Sparda Hannover Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Hannover	100	2023	46.979.789	2023	1.210.274

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs.5 HGB i.V.m. § 296 Abs.2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	0,07	2022	10.638.020.805	2022	379.879.650
b) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Hannover	0,04	2022	1.398.299.218	2022	95.681.592

➔ In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	467.698.421	421.366.723	46.331.698	–
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	207.904	–	207.904	

➔ Im Bilanzposten „Treuhandvermögen“ (A 9) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die im eigenen Namen und für fremde Rechnung gehalten werden.

➔ In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.829.044

➔ Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
– Provisionsansprüche gegenüber Kapitalanlagegesellschaften	4.202.008

➔ In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere b) bb) Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	41.351.674	21.525.739

➔ In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 192.270.080 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	8.665.904	7.873.164	39.755.916	135.831.616
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	142.799	–	664.757	34.560
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	76.435.132	782.710.645	28.037.216	161.052

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

→ Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
– Personalaufwand und Lohnsteuer	1.659.714
– Steuern (Abgeltungssteuer, KiSt, SolZ)	685.641

→ Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende antizipative Beträge größeren Umfangs enthalten:

	EUR
– Personalaufwand und Lohnsteuer	1.659.714

→ Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 919.637 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
	10.000.000	EUR	2,410	04.12.2024
	5.000.000	EUR	1,900	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,010	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,315	21.05.2025
	5.000.000	EUR	2,260	22.05.2025
	8.000.000	EUR	2,600	28.05.2027
Nominalbeträge von Mittelaufnahmen unter 10% des Gesamtbetrages	2.000.000	EUR		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Die Ursprungslaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens 10 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	–	–	192.270.080	268.860.451
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	9.055.617	7.313.671	–	–

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		69.555.772
b) der ausscheidenden Mitglieder		3.434.392
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		108.316
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	–	–

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 01. Januar 2023	25.843.000	135.127.000
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	357.000	1.343.000
Stand 31. Dezember 2023	26.200.000	136.470.000

- Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 3,500 %	2.507.185,50
1,000 % Sonderdividende	716.338,72
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	723.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	3.191.000,00
Insgesamt	7.137.524,22

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestandes

	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC - Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	110,0	668,0	650,0	1.428,0	43,2	38,0

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Die Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ bei den Zins-Swaps wurde anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode vorgenommen. Dabei wurden Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Erläuterungen sind hierzu nicht veranlasst.

E. Sonstige Angaben

- ➔ Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- ➔ Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen 270.784 EUR.
- ➔ Die früheren Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebenen erhielten 957.217 EUR.
- ➔ Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31. Dezember 2023 Pensionsrückstellungen in Höhe von 19.521.120 EUR.
- ➔ Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	1.197.549
Mitglieder des Aufsichtsrates	63.486

- ➔ Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen-, und Girogeschäfts vorgenommen.
- ➔ Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von 8.806.396 EUR.
- ➔ Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.
- ➔ Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

➔ Die Zahl der im Jahr 2023 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	230,00	179,00

Außerdem wurden durchschnittlich 11,00 Auszubildende beschäftigt.

➔ Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

Mitgliederbewegung	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang 2023	195.431	1.356.632
Zugang 2023	260	49.883
Abgang 2023	9.040	68.904
Ende 2023	186.651	1.337.611

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	989.092
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	-

➔ Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e.V.

Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt/Main

➔ Mitglieder des Vorstandes:

André-Christian Rump

(Vorsitzender)

Geschäftsleiter

Jochen Ramakers

(stellvertretender Vorsitzender)

Geschäftsleiter

Niclas Bychowski

Geschäftsleiter

➔ Mitglieder des Aufsichtsrates:

Susanne Steinert

(Vorsitzende)

Betriebsratsvorsitzende
DB InfraGo AG, Region Nord

Sven Hitz

(stellvertretender Vorsitzender)

Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Katrin Becker

Fachreferentin HR Operations HR Administration
Deutsche Bahn AG

Jörg Dreyer

Lokbetriebsinspektor, Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Jürgen Goldberg

Landesreferent für Kriminalprävention
Landeskriminalamt Niedersachsen

Thomas Hermann

Bürgermeister/stellvertretender Ratsvorsitzender
der Landeshauptstadt Hannover

Torsten Rathsmann

Vorsitzender Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Prof. Dr. Bodo von Rüden

Professor
Hochschule Bielefeld

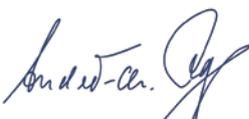
Dominic Sauer

Leiter Instandhaltung AiM Netz Bremen
DB InfraGo AG

Hannover, 26. Februar 2024
(Ort, Datum)

Sparda-Bank Hannover eG
(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand



André-Christian Rump



Jochen Ramakers



Niclas Bychowski

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hannover eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- ➔ entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 und
- ➔ vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i.V.m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.966 Mio. EUR. Dies entspricht 58,3% der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen

- ➔ die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen - mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- ➔ wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- ➔ anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs.2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der

Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- ➔ identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ➔ gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- ➔ beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ➔ ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- ➔ beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- ➔ beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- ➔ führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutende Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i.V.m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- ➔ Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- ➔ Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- ➔ Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- ➔ Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 06.05.2024

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Heiko Hunkel

Wirtschaftsprüfer

Dankeschön

Verlässlichkeit ist ein hohes Gut. Umso mehr wissen wir zu schätzen, dass unsere Partner auch 2023 zuverlässig an unserer Seite standen. Ihnen und allen Menschen, die sich für uns eingesetzt haben, sagen wir: danke schön!

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leben unser Motto „freundlich & fair“ jeden Tag. Dafür sagen wir: danke. Ein Dank geht auch an die Mitglieder des Aufsichtsrates, die wachsam und verantwortungsvoll unsere Interessen vertreten. Bei unseren Kundinnen, Kunden und Mitgliedern bedanken wir uns für ihr Vertrauen und ihre Treue.

Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit danken wir unseren historisch verbundenen Kooperationspartnern DZ Bank AG, Deutsche Bahn AG und Bundeseisenbahnvermögen. Unser Dank gilt außerdem unseren Partnern Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, DEVK Versicherungen, Union Investment, GENO Broker GmbH, Interhyp AG, Qualitypool GmbH, Hypoport AG, CHECK24, Dr. Klein, Teambank AG, Credit Life AG und Raisin DS GmbH.

Unser Dachverband, der Verband der Sparda-Banken e.V. in Frankfurt am Main, hat uns auch 2023 partnerschaftlich unterstützt und sich für unsere gemeinsamen Interessen stark gemacht. Dafür sagen wir: danke.

Impressum

Herausgeber
Sparda-Bank Hannover eG
Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100
sparda@sparda-h.de
www.sparda-h.de

Gestaltung und Herstellung
PEPE berlin
Wolfener Str. 32-34, Haus M
12681 Berlin

Druck
Printmedien Biewald GmbH & Co. KG
Lägenfeldstraße 8
30952 Ronnenberg

Quellennachweis Bilder
Seite 3 und 6 Karsten Koch

Kontakt
Sparda-Bank Hannover eG
Unternehmenskommunikation
kommunikation@sparda-h.de

Unsere Standorte

1. Bremerhaven
2. Bremen, Contrescarpe-Center
3. Bremen (SB)
4. Bremen (SB)
5. Bremen (SB)
6. Bremen (SB)
7. Delmenhorst (SB)
8. Uelzen (SB)
9. Celle
10. Langenhagen
11. Seelze (SB)
12. Hannover, Ernst-August-Platz
13. Hannover (SB)
14. Hannover (SB)
15. Hannover (SB)
16. Hannover (SB)
17. Lehrte (SB)
18. Wolfsburg (SB)
19. Wolfsburg (Beratungszentrum Baufinanzierung)
20. Braunschweig
21. Wolfenbüttel (SB)
22. Hildesheim
23. Hameln
24. Minden
25. Herford (SB)
26. Bielefeld
27. Detmold (SB)
28. Gütersloh (SB)
29. Goslar (SB)
30. Northeim (SB)
31. Göttingen



Stand: Januar 2024

-  10 Filialen
-  20 SB-Standorte
-  1 Beratungszentrum

Sparda-Bank Hannover eG

Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100

sparda@sparda-h.de
www.sparda-h.de

